

Entwicklungspolitik auf die Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums einstellen

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte unter der Leitung von Arnold Vaatz MdB vom 30. Oktober 2011

Ende Oktober 2011 wird laut Prognosen der Vereinten Nationen der siebenmilliardenste Mensch geboren. Dies ist ein weiterer Meilenstein eines anhaltenden demographischen Trends: 1900 lebten 1,6 Mrd. Menschen auf der Erde, 1950 etwa 2,5 Mrd., um die letzte Jahrtausendwende überschritt die Zahl die sechs Milliardengrenze. Aktuell wächst die Weltbevölkerung pro Sekunde um beinahe drei Menschen, jährlich summiert es sich zu 78 Millionen. Auch wenn das Wachstum der Weltbevölkerung seit den 1980er Jahren langsam zurückgeht, wird sich der Anstieg fortsetzen. Gemäß dem aktuellen Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung bis 2050 von heute sieben Milliarden auf über neun Milliarden ansteigen. Die langfristige Projektion für 2100 sieht in ihrer mittleren Variante eine Steigerung auf 10,1 Milliarden Menschen vor. Diesem Szenario liegt die optimistische Annahme zugrunde, dass die Kinderzahl pro Frau von heute 2,5 auf dann zwei sinken wird. Sollte die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben, wäre ein Anstieg auf bis zu 26 Mrd. Menschen bis zum Jahr 2100 möglich.

Die Verteilung der Menschheit zwischen den heutigen Industriestaaten und den Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich weiter dramatisch verschieben. Denn die größte Dynamik weist das Weltbevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern der Welt auf. Der Anstieg findet mithin fast ausschließlich in Entwicklungsländern statt. So wird sich in Afrika die Bevölkerung bis zum Jahre 2100 voraussichtlich mehr als verdreifachen. Dagegen stagniert die Bevölkerung in vielen Industrieländern oder ist (wie in Deutschland) sogar rückläufig. Diese Schrumpfung geht mit einer allgemeinen Alterung der Gesellschaften in den Industrieländern einher. Diese Alterungsprozesse erfassen mit zeitlicher Verzögerung

auch einige Schwellenländer, beispielsweise China. 2050 werden auf einen Europäer drei Afrikaner und acht Asiaten kommen.

Das Wachstum der Weltbevölkerung lässt die Ressourcen der Erde an neue Grenzen stoßen und wird die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Entwicklungsländer vermutlich überfordern. So wird die landwirtschaftliche Produktion mit dem Wachstum der Weltbevölkerung nicht mehr Schritt halten können, um die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Die Versorgung mit Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, mit Wohnraum und Arbeitsplätzen wird dem Bedarf immer weniger entsprechen können. Die prekäre Arbeitsmarktsituation in vielen Ländern wird zu erheblichen sozialen Spannungen führen. Wo schon heute ein Drittel oder mehr der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen ist, müssten bisher unerreichte jährliche wirtschaftliche Wachstumsraten erzielt werden, damit der Bedarf an Arbeitsplätzen gedeckt werden könnte. Dabei ist bekannt, welches Konfliktpotential Gesellschaften bergen können, deren zahlenmäßig starker Jugend sich keine Perspektiven eröffnen. Die Umbrüche im arabischen Raum, die nicht nur aus dem Wunsch nach Freiheit, sondern nicht zuletzt auch aus der schlechten wirtschaftlichen Lage und den tristen sozialen Perspektiven resultierten, haben der Welt diesen Zusammenhang deutlich vor Augen geführt.

Insofern muss Weltbevölkerungspolitik auch als Krisen- und Konfliktprävention in unserem ureigenen Interesse an einer stabilen und friedlichen Welt verstanden werden. Die Verknappung von fruchtbarem Ackerland wird die Landflucht weiter beschleunigen und zu einer dramatischen Siedlungskonzentration in Städten, vor allem in Küstenregionen führen. Die Stadtentwicklung ist darauf nicht vorbereitet. Slums mit gesundheitlichen, sozialen und politischen Problemen drohen destabilisierend und krisenverschärfend zu wirken. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass diese Bevölkerungsbewegungen sich nicht nur auf Binnenmigration beschränken, sondern auch globale Migrationsströme auslösen.

Das rasante Bevölkerungswachstum tangiert mithin nahezu alle Politikfelder: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Landwirtschaft, Wirtschaft, Energie und Umwelt, Bildung, soziale Sicherung, Migrations-, Integrations- und Sicherheitspolitik sowie die Armutsbekämpfung. Das Weltbevölkerungswachstum stellt für die Entwicklungspolitik die übergeordnete Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte dar. Die Bewältigung der enormen Aufgaben ist nicht nur im Interesse der Entwicklungsländer, sondern aufgrund ihres destabilisierenden Potentials auch in unserem ureigensten Interesse. Entwicklungspolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern. Ohne eine

Begrenzung des Bevölkerungswachstums wird das Erreichen der Millennium Entwicklungsziele und eine stabile friedliche Welt eine Utopie bleiben.

Bevölkerungswachstum wird in hohem Maße bestimmt durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, wobei die gesellschaftliche und ökonomische Rolle der Frau eine besondere Bedeutung einnimmt. Fehlender Zugang zu Informationen, Dienstleistungen und Produkten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit trägt durch ungewollte bzw. ungeplante Schwangerschaften erheblich zum Zuwachs der Weltbevölkerung bei. Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Mädchen und Frauen und zur Familienplanung sind deshalb zentrale Bausteine für eine Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat zur Umsetzung der G8-Beschlüsse von Muskoka kürzlich eine begrüßenswerte Initiative zur selbstbestimmten Familienplanung und Müttergesundheit vorgestellt.

Eine weitere Ursache für hohe Geburtenraten in Entwicklungsländern ist die tradierte Rolle von Kindern in der Gesellschaft. Kinder sind dort wichtiger Teil der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung der Eltern. Sie tragen zur Versorgung der Familie bei und sichern die Existenz in Krankheit und Alter. In Verbindung mit hoher Kindersterblichkeit entsteht daraus ein bewusster Wunsch nach vielen Kindern. Der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen und wirtschaftlicher Perspektiven durch bildungs- und beschäftigungspolitische Maßnahmen können diese kulturell geprägten Muster aufbrechen helfen.

Fehlende Bildungsangebote und die Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu Bildung tragen zum Weltbevölkerungswachstum bei. Umgekehrt trägt Bildung dazu bei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Mädchen zu stärken und damit eine Alternative zu früher Heirat und Mutterrolle anzubieten. Es ist skandalös und nicht hinnehmbar, dass in vielen Ländern der Welt - oft aus Gründen der Alterssicherung - weibliche Föten selektiert und gezielt abgetrieben werden.

All diese Erkenntnisse sind nicht neu. Der Handlungsbedarf erscheint - gerade auch im Interesse der zukünftigen Generationen - heute jedoch dringender denn je. Die letzte Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo hat im Jahre 1994 in ihrem Aktionsplan den Fokus besonders darauf gelegt, Bevölkerungspolitik verstärkt in umfassende Entwicklungsstrategien zu integrieren. Moderne Familienplanung sollte für alle Frauen bis spätestens 2015 zugänglich sein. Die Geberländer haben sich dazu verpflichtet, mehr Geld für bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die entwicklungspolitischen Konsequenzen dürfen sich jedoch nicht in Maßnahmen der Familienplanung erschöpfen. So wichtig eine Geburtenkontrolle für die zukünftige Entwicklung der Weltbevölkerung ist, die immer noch offen und damit gestaltbar ist, ändert dies jedoch nichts an der Tatsache, dass bereits jetzt sieben Milliarden Menschen auf dieser Welt leben. Eine wachsende Zahl junger Menschen wird schon in wenigen Jahrzehnten die Elterngeneration bilden und mit fortschreitendem Lebensalter gesellschaftliche Ressourcen wie Bildung, Arbeitsplätze oder medizinische Versorgung nachfragen. Diese Nachfrage wird nicht nur einen erheblichen Druck auf die entsprechenden Systeme ausüben, sondern auch Auswirkungen auf die politische und soziale Stabilität - national wie global - haben. Auf diese Zukunftsfragen muss sich das entwicklungspolitische Instrumentarium sowohl der Geber- als auch der Entwicklungsländer verstärkt einstellen.

Der Anstieg der Weltbevölkerung entwickelt sich vor allem in Afrika, wo weniger als 30% der Menschen in einem Personenstandsregister erfasst werden, auch zu einem menschenrechtlichen Problem und erschwert den Zugang zu Basisdienstleistungen. Durch die Unterstützung unserer Partner beim Ausbau und der Reform von Personenstandsregistern könnte man langfristig auch zu soliden Wahlregistern beitragen und somit eine wichtige Demokratiedividende erzielen. Damit würden auch Ausgaben der EU für Förderung von ad-hoc Wahlregistrierungen verringert.

Mehr denn je muss es deshalb auch Aufgabe von Entwicklungspolitik sein, die Folgen des Weltbevölkerungsanstiegs abzufedern bzw. Veränderungsprozesse zu unterstützen, die eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bewirken. Schwerpunkte müssen dabei die Verbesserung von Bildungschancen, die Entwicklung des ländlichen Raums durch Naturressourcenmanagement, Programme zur stärkeren Beteiligung von Frauen an Politik und Arbeitsmarkt und die Verbesserung von Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen sein. Viele Schlüsselsektoren der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wie Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Umweltschutz und Ressourceneffizienz sowie gute Regierungsführung und nachhaltige Wirtschaftspolitik bieten schon heute eine geeignete Grundlage, um sich den Herausforderungen einer wachsenden Weltbevölkerung in ihren verschiedenen Ausprägungen umfassend zu stellen.

Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte fordert konkret:

1. Deutschland muss den von 179 Staaten verabschiedeten Aktionsplan der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo, der die Richtlinien für die internationale Bevölkerungspolitik festlegt, weiterhin aktiv vorantreiben und dabei

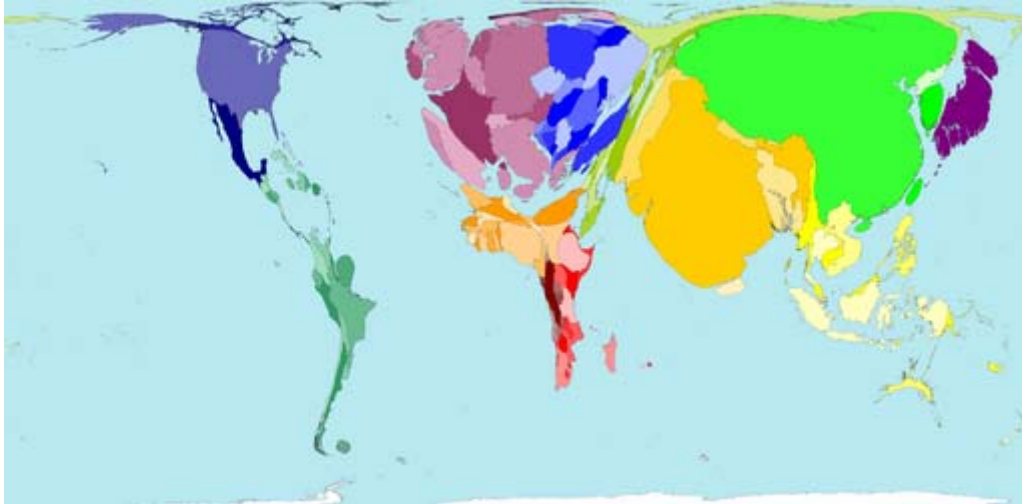
bevölkerungsrelevante Maßnahmen verstärkt in seine Entwicklungsstrategien integrieren.

2. Die Investitionen in Maßnahmen, die einen direkten positiven Einfluss auf die Entwicklung der Weltbevölkerung haben, sind sowohl auf bi- als auch auf multilateraler Ebene zu intensivieren. Dazu gehören vorrangig Initiativen zur Förderung von Familienplanung und regenerativer Gesundheit.
3. Politikbereiche mit starker indirekter Wirkung auf die demographische Entwicklung müssen entwicklungspolitisch noch größeres Gewicht bekommen. Dies trifft insbesondere auf die Schlüsselbereiche wie Armutsminderung, Frauenförderung, Gesundheitsmaßnahmen, Bildung, die schon in früher Kindheit beginnt, und Arbeit schaffende Maßnahmen zu. In diesem Sinne müssen bevölkerungspolitische Maßnahmen als eine Querschnittsaufgabe in der deutschen Entwicklungspolitik verankert werden.
4. Weil ein Anwachsen der Weltbevölkerung auf 9 bis über 10 Mrd. Menschen im Jahr 2050 nicht mehr zu verhindern ist, müssen Maßnahmen zur Grundbedürfnisbefriedigung für die wachsende Bevölkerung durchgeführt werden. Dabei sollten unter anderem Nahrungsmittelsicherheit, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, die Schaffung von Wohnraum und Siedlungsentwicklung im Fokus der Maßnahmen der Entwicklungsländer und der Geber stehen. Dies würde zugleich maßgeblich zur Krisenprävention beitragen.
5. Deutschland sollte sich auf internationaler Ebene und insbesondere im Dialog mit den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dafür einsetzen, dass die Regierungen der Partnerländer die Umsetzung der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz auch auf nationaler Ebene vorantreiben. Diejenigen Partnerländer, die Familienplanungsinitiativen bisher nicht aus eigenen Mitteln flächendeckend anbieten können, sollten bei ihren Anstrengungen unterstützt werden. Auch weil die Zahlen über die Entwicklung der Bevölkerung in vielen Ländern auf Schätzungen beruhen, sollten diese Länder beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten nicht zuletzt im Personenstandswesen unterstützt werden, die eine Erfassung der Bevölkerung ermöglichen.
6. Deutschland sollte sich auf internationaler Ebene für eine Nachfolgekonzferenz zur Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994 einsetzen. Spätestens im Jahre 2014, nachdem 2004 der Zehnjahresturnus der Durchführung einer Weltbevölkerungskonferenz durchbrochen worden war, ist es an der Zeit, Bilanz über die Fortschritte bei der Implementierung des Kairoers Aktionsplanes zu ziehen und einen neuen integrierten Aktionsplan zu verabschieden.

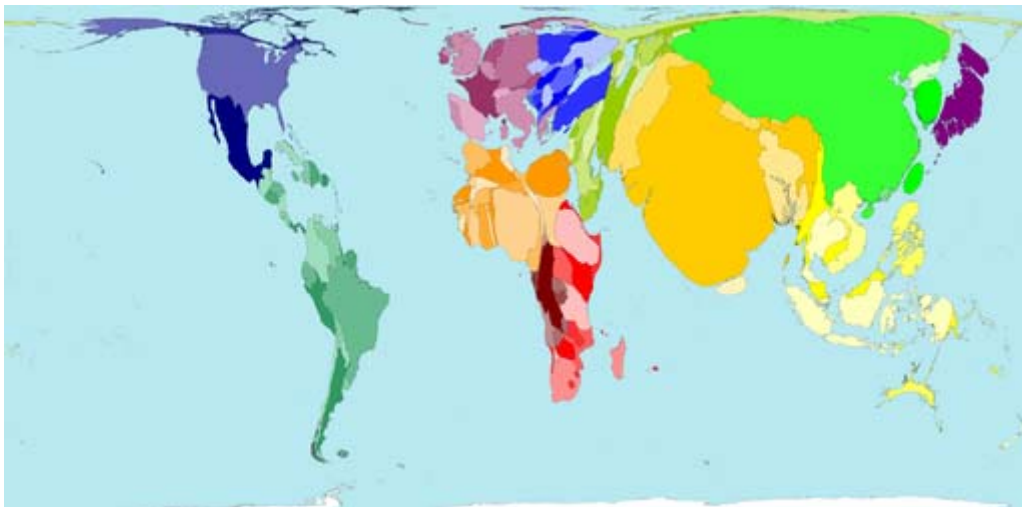
7. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und mit Nichtregierungsorganisationen, die auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik eine besondere Expertise aufweisen, ist auf hohem Niveau fortzusetzen.

Entwicklung der Weltbevölkerung nach Regionen
(geografische Darstellung)

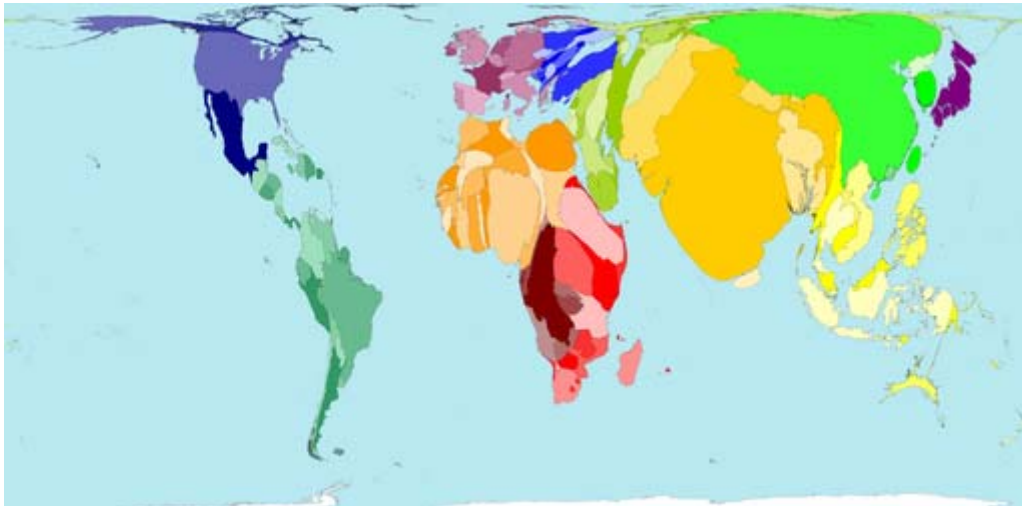
Weltbevölkerung 1900



Weltbevölkerung 2002



(Prognostizierte) Weltbevölkerung 2050



Abdruck der Grafiken mit freundlicher Genehmigung von:

© Copyright SASI Group (University of Sheffield) and Mark Newman (University of Michigan)